

Geschichtspolitik in Museen und Gedenkstätten

Tagung des Arbeitskreises Politik und Geschichte
in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)
zusammen mit dem Deutschen Historischen Museum
Berlin, 31. Oktober bis 1. November 2008

Vom 31. Oktober bis zum 1. November 2008 veranstaltete der Arbeitskreis „Politik und Geschichte“ in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) zusammen mit dem Deutschen Historischen Museum in Berlin seine Herbsttagung zum Thema „Geschichtspolitik in Museen und Gedenkstätten“. Solche Institutionen des kulturellen Gedächtnisses, die geschaffen sind, eine vergangene Lebenswirklichkeit für die Dauer einer Ausstellung noch einmal zur Anschauung und sinnlichen Präsenz zu bringen (Aleida Assmann), wurden zum Anlass einer breiteren wissenschaftlichen Betrachtung genommen, weil ihre Funktion nicht lediglich darin besteht, dem Publikum zur Erbauung zu dienen. Vielmehr beteiligen sich Museen und Gedenkstätten mit ihrem Tun an der Konstruktion von Geschichtsbildern. Die in der Regel durch staatliche Mittel finanzierten Ausstellungen präsentieren historische Zeugnisse, wie Dokumente, Quellen, aber auch Objekte, als Belege, die den in der Gegenwart Lebenden als Verkörperung oder Symbolisierung dessen präsentiert werden, was gesellschaftlich für wichtig erachtet wird. Wir sprechen solchen Zeugnissen unter anderem nicht nur deshalb Bedeutung zu, weil mit ihnen Geschichte anschaulich wird, sondern weil sich mit den Ausstellungsstücken die bestehenden Verhältnisse in einer Gesellschaft erklären und zukunftsbezogene politische Entscheidungen legitimieren lassen.

Eingeleitet wurde die Tagung durch den Beitrag *André Gurskys*, dem Leiter der Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle (Saale). In seinem Erfahrungsbericht zur ‚doppelten Vergangenheitsbewältigung‘ legte er dar, dass Kontroversen zwischen Opferverbänden und Tätervereinigungen nicht nur durch Ausstellungen ausgelöst werden, sondern schon die Bestimmung eines Gedenkortes selbst Auseinandersetzungen hervorruft. In sie sind neben politischen Entscheidungsgremien Instanzen der Gerichtsbarkeit, des Datenschutzes bis hin zur Wissenschaft involviert, die aber alle auch eigene Interessen einbringen und dementsprechend die Gedenkstättenarbeit mehr oder weniger stark beeinflussen.

Erik Meyer vom SFB „Erinnerungskulturen“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen referierte über die Gedenkstättenkonzeption des Bundes, indem er diese als Instrument geschichtspolitischer Steuerung analysierte. Die Tatsache, dass er Gedenkstättenpolitik aus einem ähnlichen Blickwinkel wie etwa Gesundheitspolitik betrachtete, führte zu Diskussionen mit dem Publikum, mit welchem Anspruch wir an diesen Politikbereich herangehen müssten. Meyer vertrat den Standpunkt, es sei hilfreich, Gedenkstättenpolitik ohne normativen Anspruch und unabhängig von Bildungskonzepten zu betrachten, um deren Erfolg realistisch einschätzen zu können. Weiterhin vermittelten sein Beitrag wie auch der von *Irmgard Zündorf*, der Leiterin der Koordinationsstelle am Projektverbund Zeitgeschichte Berlin-Brandenburg, Einblicke in Steuerungsmechanismen auf Seiten des Staates als Geldgeber. Zugleich stellte Frau Zündorf im Rahmen ihrer Überlegungen zu Gedenkstättenkonzepten die Rolle von Wissenschaft als Kooperationspartnerin von Museen heraus. Diesem Aspekt komme Bedeutung zu, da Museen immer weniger in der Lage seien, Forschung zu leisten.

Im dritten Panel der Tagung stellten *Jan Scheunemann* (Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt) und *Birgit Schwelling* (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.) ihre Arbeiten zum geschichtspolitischen Stellenwert von Ausstellungen vor. Deutlich wurde dadurch, inwieweit die Veranstalter von öffentlichen Präsentationen historischer Artefakte, Ereignisse und Personen zu geschichtspolitischen Akteuren werden, weil die Zurschaustellung dazu führt, dass den ausgewählten Sachverhalten eine gesellschaftliche Bedeutung zugeschrieben wird. Während Scheunemann am Beispiel der musealen Aufbereitung von Reformation und Bauernkrieg die staatlich-parteilichen Instrumentalisierungsstrategien in der DDR untersuchte und zugleich die Annahmen über die erhofften Wirkungen hinterfragte, wandte sich Schwelling den erinnerungspolitischen Intentionen der vom „Verband der Heimkehrer“ in den 1950er Jahren organisierten Wanderausstellung „Wir mahnen. Erlebnis ist Aufgabe“ zu. Das Schicksal der Kriegsheimkehrer wurde nicht nur dazu benutzt, öffentliche Aufmerksamkeit für das Verbandsinteresse zu wecken, sondern gleichzeitig auch der bundesdeutschen Bevölkerung Vergangenheitsinterpretationen anzubieten.

Im letzten Teil der Tagung griffen die beiden Vorträge von *Sonja Kmec* (Universität Luxemburg) und *J. Olaf Kleist* (FU Berlin) das Thema Migration auf. Kmec interessierte sich für die soziale Konstruktion der Vergangenheit durch Historiker sowie die Appropriation solcher Geschichtsperspektiven durch Kuratoren, Sponsoren und politische Entscheidungsträger. Ausstellungen, so Kmec, dienen unter anderem dazu, die Veränderung von Gesellschaft durch Einwanderung nicht nur ex post darzustellen, sondern zugleich in nationale Erzählmuster einzufügen und auf diese Weise Identitätsangebote zu machen. Kleist stellte demgegenüber einen Vergleich zwischen Migrationsmuseen in Australien, einem klassischen Einwanderungsland, und Deutschland an. Vollzog sich auf dem fünften Kontinent in den letzten Jahrzehnten ein Wandel von einer mono- zu einer multikulturellen Vorstellung von Gesellschaft, ist Deutschland von Interesse, weil hier Wanderung museal weitgehend als Migration von Deutschen ins Ausland begriffen wird, wir lediglich Vertriebenen- oder Auswanderermuseen haben. Erst in jüngster Zeit lassen sich ausgehend von zivilgesellschaftlichem Engagement gegenläufige Entwicklungen hin zur öffentlichen Wahrnehmung von Immigrationsgeschichte beobachten. Beide Länder geben somit Beispiele ab, an denen sich aktuelle geschichtspolitische Prozesse ablesen lassen.

Horst-Alfred Heinrich

Kontakt:

PD Dr. Horst-Alfred Heinrich

Institut für Sozialwissenschaften, Universität Stuttgart

Email: isfhah@sowi.uni-stuttgart.de

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2009.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München

Telefon: 089/13 47 29, Fax: 089/13 47 39

E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2009, Nr.021

URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2009/021-09.pdf>